

Gemeinde Grove

Der Bürgermeister

21493 Grove, den 12.12.2018

Wolfgang Weber
Vor den Höfen 1

Zum Tagesordnungspunkt 6 (Erhöhung der Grundsteuer) habe ich in der Sitzung vom 12.12.2018 folgende Erläuterung gegeben:

Die Finanzen der Gemeinde Grove haben sich in den letzten Jahren insbesondere aufgrund der steigenden Kosten für Kindergärten und Schulen negativ entwickelt. In vier Jahren sank unsere Rücklage um ca. 150.000,00 €.

Die meisten Einnahmen und Ausgaben sind uns vorgegeben. Unsere Einflussmöglichkeiten sind daher begrenzt. Eine Möglichkeit, unsere Einnahmen zu erhöhen, besteht in der Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer A und B. Der Hebesatz der Gemeinde Grove beträgt derzeit 265 %. Die Aufzeichnungen des Amtes reichen bis 1987 zurück. Damals betrug der Hebesatz 240 %. In mehr als 30 Jahren wurde er also nur um ca. 10 % erhöht. Die Preise sind seit damals um ca. 60 % gestiegen. Hätten wir jeweils um die Preissteigerung erhöht, lägen wir heute bei ca. 380 %. Der durchschnittliche Hebesatz im Kreis Herzogtum Lauenburg liegt bei ca. 360 %. Von unseren Steuereinnahmen müssen wir ca. 60 % (20 % Amt und 40 % Kreis) wieder abführen. Bei der Grundsteuer A und B ist Bemessungsgrundlage hierfür nicht die tatsächlich eingenommene Grundsteuer, sondern eine fiktive Grundsteuer, die so berechnet wird, als wenn wir einen Hebesatz von 332 % hätten. Bei tatsächlichen Grundsteuereinnahmen von ca. 33.000,00 € geben wir also nicht 19.800,00 € (60 % von 33.000,00 €), sondern 60 % von € 41.343,40 ($33.000,00/265 \times 332$), also € 24.806,03 weiter.

Angesichts dieser Umstände schlage ich vor, den Hebesatz für die Grundsteuer A und B auf 330 % zu erhöhen. Dies ergibt Mehreinnahmen von ca. € 8.000,00 pro Jahr.

Auf einen Aspekt möchte ich noch hinweisen. An die Wasser- und Bodenverbände Steinau und Schwarze Au zahlen wir jährlich ca. 5.500,00 €. Diese Zahlungen sind in den letzten Jahren auch deutlich gestiegen. Wir sind berechtigt, diese Beträge an die Bürger weiterzubelasten. Acht von neunzehn Gemeinden des Amtes legen diese Beiträge auf ihre Bürger um. Derzeit machen wir hiervon keinen Gebrauch.